



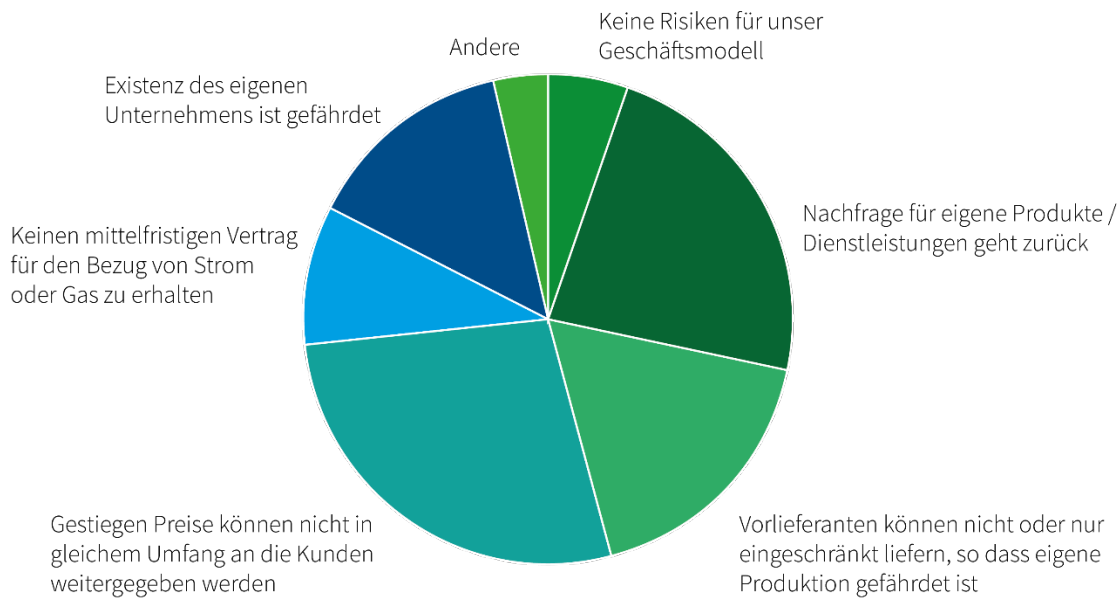
Offenbach am Main
Stadt und Kreis

Bei einer Blitzumfrage der IHK Offenbach am Main zur aktuellen Energiekrise beteiligten sich im September über 200 Unternehmen aller Branchen und Betriebsgrößen. Die Antworten zeigen, dass die Unsicherheit weiterhin sehr groß und die Aussicht auf die Zukunft eher düster ist.

Sollte die Bundesregierung im Rahmen des Notfallplans Gas die „Notfallstufe“ feststellen und die Gaslieferungen an die Unternehmen drosseln, müssten 64 Prozent der befragten Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe ihre Produktion früher oder später einstellen. 13 Prozent müssten bereits bei einer Drosselung der Gaslieferungen um zehn Prozent ihre Produktion aussetzen.

30 Prozent der produzierenden Unternehmen wären nicht direkt betroffen, da sie kein Gas in der Produktion benötigen und sechs Prozent könnten vollständig auf Gas verzichten, da sie zum Beispiel kurzfristig auf alternative Brennstoffe ausweichen könnten.

Welche Risiken sehen Sie aufgrund der gestiegenen Strom-, Gas- und Kraftstoffpreise?



33 Prozent der Unternehmen sehen sich in ihrer Existenz gefährdet.

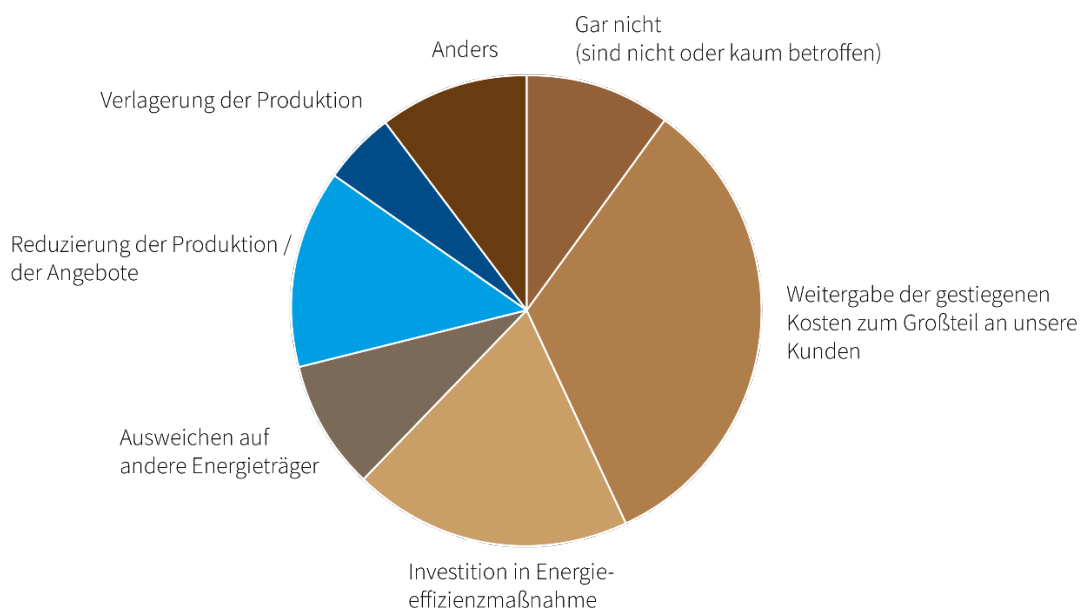
Für alle befragten Unternehmen sind die hohen Energiepreise mit erheblichen Risiken verbunden. 64 Prozent der Befragten geben an, dass sie die gestiegenen Preise nicht im gleichen Umfang an ihre Kunden weitergeben können. Einen Rückgang der Nachfrage nach den eigenen Produkten oder Dienstleistungen fürchten 54 Prozent der Unternehmen und Lieferengpässe seitens der Vorlieferanten 41 Prozent. Insgesamt sehen sich 33 Prozent der Unternehmen in ihrer Existenz gefährdet. Bei den Antworten waren Mehrfachnennungen möglich.

Als Reaktion auf die gestiegenen Energiepreise versuchen 51 Prozent der Unternehmen die Preissteigerungen so weit wie möglich an die Kunden weiterzugeben, trotz des oben genannten Risikos, dass dies nicht im vollen Umfang möglich sein wird. 30 Prozent der Befragten wollen in Energieeffizienzmaßnahmen investieren, 21 Prozent ihre Produktion beziehungsweise ihre Angebote einschränken. Auch wenn „nur“ sieben Prozent der Befragten angaben, ihre Produktion verlagern zu wollen, wäre das doch eine gravierende Schwächung unseres Wirtschaftsstandortes. Auch hier waren Mehrfachnennungen möglich.

Die Zeit, um zu reagieren, wird dabei bei vielen Unternehmen knapp. Bei 43 Prozent der Befragten beträgt die Restlaufzeit der aktuellen Gaslieferverträge weniger als drei Monate. Dagegen haben 38 Prozent noch Verträge über ein Jahr oder länger. Ähnlich ist die Lage bei der Stromversorgung. Hier haben 33 Prozent der Unternehmen aktuell keinen oder einen in weniger als drei Monaten auslaufenden Liefervertrag. 27 Prozent der Antwortenden sind für die kommenden sechs Monate noch versorgt, 39 Prozent noch ein Jahr oder länger.

Fast alle Unternehmen erwarten nach dem Auslaufen der Lieferverträge Preiserhöhungen. Während bei Gas 28 Prozent der Befragten von im Verhältnis eher moderaten Preissteigerungen von 50 Prozent ausgehen, erwarten 19 Prozent eine Verdopplung der Gaspreise, 43 Prozent sogar eine Preissteigerung von 300 Prozent und mehr. Beim Strom erwarten 39 Prozent der Unternehmen eine Preissteigerung von 50 Prozent, 26 Prozent eine Verdopplung der Preise. 29 Prozent gehen von einer Verdreifachung aus.

Wie reagieren Sie auf die hohen Strom-, Gas- und Kraftstoffpreise?

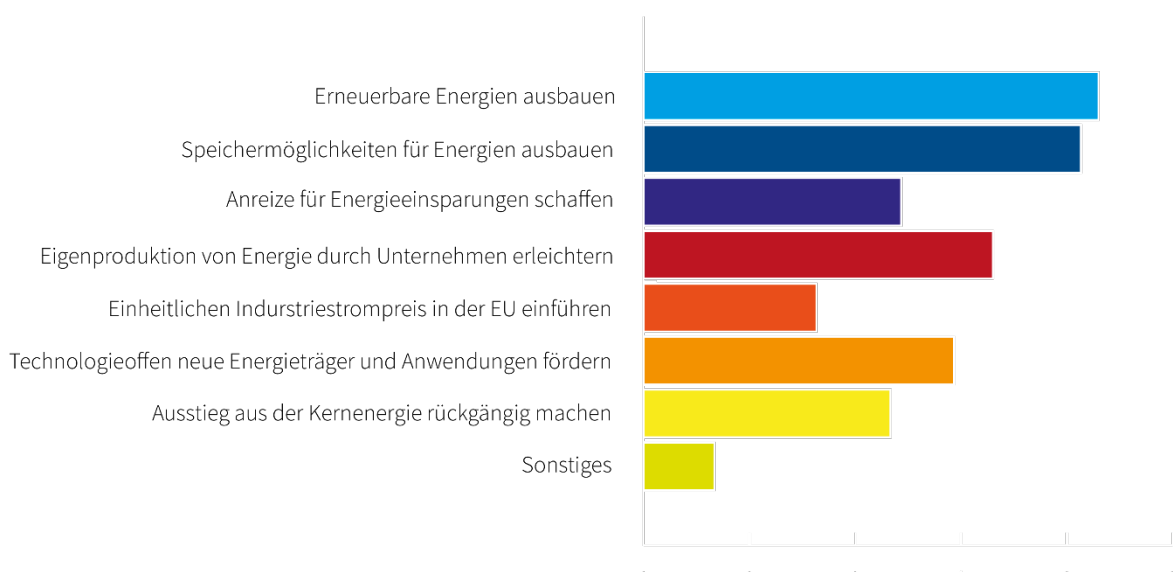


Politik muss handeln

Von der Politik erwarten sich die Unternehmer kurzfristig vor allem eine Verlängerung der Laufzeiten der verbliebenen Kernkraftwerke (70 Prozent) und ein vergünstigtes Grundkontingent für Strom und Gas (59 Prozent). Steuererleichterungen, Zuschüsse zu den Energiekosten und Reaktivierung aller verfügbarer Kohle- und Ölkraftwerke halten jeweils rund 50 Prozent der Befragten für angemessen.

Langfristig fordern 75 Prozent der Unternehmer den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien und 73 Prozent zugleich den Ausbau von Energiespeichermöglichkeiten. Daneben muss aus der Sicht der Unternehmer auch die Eigenproduktion von Energie im Unternehmen erleichtert werden, etwa durch Abbau der bürokratischen Hürden (58 Prozent). Die technologieoffene Förderung neuer Energieträger und deren Anwendung wünschen sich 51 Prozent der Befragten, während Anreize für Energieeinsparungen 43 Prozent der Unternehmen wünschen. Zur Sicherstellung der Energieversorgung wünschen sich 41 Prozent der Befragten, dass die Politik den Atomausstieg generell rückgängig macht. Auch hier waren Mehrfachnennungen möglich.

Was erwarten Sie langfristig von der Politik, um zukünftig die Energieversorgung sicherzustellen?



Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer Offenbach am Main
Frankfurter Straße 90, 63067 Offenbach am Main

Telefon 069 8207-0
www.offenbach.ihk.de

Ansprechpartner:

Peter Sülzen
Nachhaltigkeit
Telefon 069 8207-244
suelzen@offenbach.ihk.de

Bildnachweis:

Titel: BillionPhotos.com – stock.adobe.com

Stand: Oktober 2022

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Ausdruck bzw. Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit Nennung des Herausgebers gestattet.